

Abbiegeverbot / Gesetzliche Bestimmungen

Voraussetzungen

Die Voraussetzungen für die Erlassung eines Einbiegeverbotes liegen gemäß § 43 StVO nur dann vor, wenn die Voraussetzungen uneingeschränkt für alle Arten von Fahrzeugen (etwa auch PKW, kleinere LKW oder Fahrräder) zutreffen.

Nach der ständigen Rechtsprechung des VfGH ist eine Verkehrsbeschränkung nur erforderlich, wenn es auf Grund der örtlichen und verkehrsmäßigen Gegebenheiten der Sicherheit, Leichtigkeit und Flüssigkeit des Verkehrs notwendig ist. Die Verhältnismäßigkeit ist von der Behörde im Zuge des Anhörungs- und Ermittlungsverfahrens zu prüfen.

Bei Prüfung der Erforderlichkeit einer Verordnung für eine Beschränkung sind die bei der betreffenden Straße oder Straßenstrecke anzutreffenden, für den spezifischen Inhalt der Verordnung relevanten Umstände mit jenen Umständen zu vergleichen, die für eine nicht unbedeutende Anzahl anderer Straßen zutreffen.

Die Straßenverkehrszeichen müssen den Bestimmungen der Straßenverkehrszeichenverordnung in der derzeit gültigen Fassung entsprechen. Die Bestimmungen der §§ 48 bis 54 der Straßenverkehrsordnung 1960 müssen bei der Aufstellung der Straßenverkehrszeichen genau beachtet werden.

Verkehrszeichen

„Einbiegen nach links verboten“ gemäß § 52 lit. a Ziffer 3a StVO



„Einbiegen nach rechts verboten“ gemäß § 52 lit. a Ziffer 3b StVO



Diese unter Z 3a und 3b angeführten Zeichen zeigen je nach der Richtung des Pfeiles an, dass das Einbiegen in die nächste Querstraße nach rechts oder links verboten ist.

Die oa. Abbiegeverbote beziehen sich immer nur auf eine, nämlich die (unmittelbare) „nächste Querstraße“.

Die Vorschriftszeichen „Einbiegen verboten“ sind gemäß § 51 Absatz 2 StVO in angemessenem Abstand vor der betreffenden Kreuzung anzubringen.